

**ANFRAGE** von Jörg Mäder (GLP, Opfikon), Priska Seiler Graf (SP, Kloten) und Roman Schmid (SVP, Opfikon)

betreffend Blendwirkung von Solaranlagen

In Gemeinden rund um den Flughafen müssen Baugesuche für Solaranlagen zusätzlich vom Flughafen Zürich bewilligt werden. Dieser kann diese bei Blendwirkung für anliegende Flugzeuge verweigern. Je nach Grösse des Projektes sind für diese Abklärungen Kosten bis im fünfstelligen Bereich möglich, was die Investitionslust der Bauherren verständlicherweise ebenso stark mindert.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Gibt es dokumentierte Fälle, bei denen Piloten von Lichtreflexionen von Solaranlagen oder anderen reflektierenden Flächen (Fenster, Gewässer etc.) in einer Weise gestört wurden, die die Sicherheit gefährdeten?
2. Gibt es Stellungnahmen von Piloten (respektive deren Verbänden) zu der Thematik?
3. Auf welcher Rechtsgrundlage beruht die Notwendigkeit einer Bewilligung durch den Flughafen?
4. Im welchem Umkreis (Distanz oder Gemeinden/Gebiete) ist diese Zusatzprüfung notwendig?
5. Gilt diese Regelung auch für thermische Solaranlagen oder andere reflektierende Elemente (Dachfenster und ähnliches)?
6. Gilt diese Regelung für alle Solaranlagen, unabhängig der Grösse, oder gibt es eine Mindestgrösse? Wie gross ist diese? Werden dabei auch andere reflektierende Elemente sowie Anlagen auf benachbarten Grundstücken berücksichtigt?
7. Wie werden Erweiterungen von bestehenden Anlagen behandelt?
8. Liegt die Beweislast tatsächlich beim Bauherrn oder müsste nicht der Flughafen beweisen, dass die Anlage in störender Masse blendet?
9. Wer trägt die Kosten dieser Abklärungen? Können diese abgewälzt werden?
10. In Bezug auf Gebäudehöhen gibt es seitens des Flughafens einen Sicherheitszonenplan, der die notwendigen Sicherheitsabstände zu den An- und Abflugruten beschreibt. Dieser Plan erleichtert die Arbeit für Bauherren und Behörden massiv. Wäre ein analoger Plan für Blendwirkung denk- und machbar, damit die Einzelfallprüfungen, wie sie jetzt vorkommen, obsolet werden, oder sie zumindest stark vereinfacht?
11. Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass das Bewilligungsverfahren von Solaranlagen möglichst einfach und unbürokratisch erfolgen sollte?